Fünf Jahre nach Fukushima

Autor(en): **Bucher, Urs**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Energeia : Newsletter des Bundesamtes für Energie**

Band (Jahr): **- (2016)**

Heft 2

PDF erstellt am: **08.08.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-681791

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

FÜNF JAHRE NACH FUKUSHIMA

POINT DE VUE D'EXPERT Am 11. März 2016 jährt sich zum fünften Mal das grosse Tohoku-Erdbeben im Nordosten Japans, in dessen Folge es im AKW Fukushima Daichi zu einem der schwersten Reaktorunfälle der Geschichte kam. Nach der sukzessiven Abschaltung aller anderen Reaktoren musste die Kernkraft, welche bis anhin knapp 30 Prozent zum Strommix beigetragen hatte, durch Gas-Öl- und Kohlekraftwerke ersetzt werden.

Die damalige japanische Regierung (Demokratische Partei) beschloss in Anbetracht der anhaltenden Gefahr von Erdbeben und Vulkanausbrüchen sowie der ungelösten Frage der Entsorgung des radioaktiven Abfalls den Ausstieg aus der Atomenergie.

Diese Ausstiegspolitik scheiterte schon kurze Zeit später an den politischen und wirtschaftlichen Realitäten. Die neue Regierung unter Premierminister Abe (Liberaldemokratische Partei) befand, dass Fukushima nicht das Signal für den Ausstieg, sondern vielmehr für den Bau von sichereren Anlagen gegeben hätte. Die Erkenntnisse aus Fukushima sollen Japan beim Bau von Kernanlagen einen technischen Vorsprung gegenüber der ausländischen Konkurrenz geben. Auch bei der eigenen Stromerzeugung setzt Japan wieder auf Kernenergie, nicht zuletzt, um auf dem internationalen Markt glaubwürdig auftreten zu können.

Wie die bisherige Erfahrung zeigt, erweist sich der Wiedereinstieg unter den neuen Rahmenbedingungen trotz allen Anstrengungen der Regierung als problembeladen. Die aufgrund der neuen Sicherheitsvorschriften nötigen Investitionen sind teils schwierig zu realisieren und vor allem ausgesprochen kostspielig. Zudem ist der lokale Widerstand der Bevölkerung gegen die Wiederinbetriebnahme einzelner Reaktoren weiterhin gross. Bis zum heutigen Zeitpunkt konnten aufgrund all dieser Schwierigkeiten nur drei der ehemals 50 Reaktoren ans Netz genommen werden. Selbst die Regierung geht davon aus, dass im besten Fall bis im Jahr 2030 maximal 20 Reaktoren in Betrieb stehen werden, die einen Beitrag von 20 Prozent zur Stromproduktion leisten könnten (für erneuerbare Energien wird ein Beitrag von 22 bis 24 Prozent angestrebt, nebst 26 Prozent Kohle und 27 Prozent Flüssiggas).

Die Abhängigkeit von ausländischen Energielieferungen, welche die Handelsbilanz massiv belasten, wird somit in jedem Fall hoch bleiben. Dies auch im Nuklearbereich: Die Pläne für eine eigene Plutoniumproduktion im Schnellen Brüter von Monju, der nach einem Störfall im Jahre 1995 ausser Betrieb genommen wurde, dürften aufgrund anhaltender Schwierigkeiten auf absehbare Zeit nicht realisiert werden können.

Ein in der öffentlichen Diskussion oft ausgeblendetes Thema ist neben der ungelösten Frage der Entsorgung des radioaktiven Mülls auch das weitere Schicksal der mehr als zwei Dutzend Reaktoren, deren Wiederinbetriebnahme ausgeschlossen ist. Bereits im Ruhezustand sind die Kosten für den Unterhalt sehr hoch, ein Rückbau sämtlicher Anlagen erscheint so gut wie nicht finanzierbar. Die Ausbildung und die Rekrutierung von Personal zum Unterhalt dieser Anlagen erweist sich als zunehmend schwierig.

> «Die Ausstiegspolitik scheiterte schon kurze Zeit später an den politischen und wirtschaftlichen Realitäten.»
> *Urs Bucher*

Welches Fazit lässt sich vor diesem Hintergrund fünf Jahre nach der Katastrophe ziehen? Positiv ist festzuhalten, dass mit einschneidenden Reformen auf regulatorischer Ebene die Rahmenbedingungen für die Umsetzung der Nuklearpolitik transparenter gemacht wurden. Die Erkenntnisse aus Fukushima wurden in neue Vorschriften übertragen, welche die Sicherheit der bestehenden Anlagen signifikant verbessern dürften. Die japanischen Hersteller von Kernanlagen wiederum sehen ihr Geschäft in Anbetracht der verbesserten Produkte und der grossen Nachfrage in den Schwellenländern auf längere Sicht als gesichert.

Auf regionaler Ebene – ganz besonders in der Präfektur Fukushima – wurden Initiativen zur besseren Nutzung von nachhaltigen Energiequellen ergriffen. Wer indessen darauf gehofft hatte, dass Japan die Lehren aus Fukushima zum Anlass für einen grundlegenden Richtungswandel nimmt und sich als Vorreiter in der Entwicklung und Anwendung alternativer Technologien profiliert, wurde bis jetzt enttäuscht.

Urs Bucher, Schweizer Botschafter in Japan